

Anlage 3

Muster 3: Zusicherung gemäß § 38 VwVfG zu einer Bescheinigung gemäß §§ 7h, 10f, 11a des Einkommensteuergesetzes (EStG)

Bescheinigungsbehörde

☐ als Vertreter/-in für

ZUSICHERUNG

gemäß § 38 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) zu einer Bescheinigung
gemäß §§ 7h, 10f, 11a des Einkommensteuergesetzes (EStG)

hier:

(Gebäude/Gebäudeteil, Adresse)

Anlagen:

Verzeichnis der geplanten Baumaßnahmen
Antragsvordruck

Es wird bestätigt, dass das Gebäude/der Gebäudeteil in dem

☐ förmlich festgelegten Sanierungsgebiet

☐ förmlich festgelegten städtebaulichen Entwicklungsbereich

belegen ist.

Die geplanten/angeordneten und in dem anliegenden Verzeichnis gekennzeichneten Baumaßnahmen können grundsätzlich nach Art und Umfang als

- ☐ Modernisierungsmaßnahmen im Sinne des § 177 BauGB
- ☐ Instandsetzungsmaßnahmen im Sinne des § 177 BauGB
- ☐ Baumaßnahmen, die der Erhaltung, Erneuerung und funktionsgerechten Verwendung eines Gebäudes dienen, das wegen seiner
 - ☐ geschichtlichen
 - ☐ künstlerischen
 - ☐ städtebaulichen

Bedeutung erhaltenswert ist,

bescheinigt werden.

Das Verzeichnis ist Bestandteil der Zusicherung.

Dieses Schreiben ist keine Bescheinigung i. S. d. § 7h Abs. 2 EStG. Es ist nicht zur Vorlage geeignet, um die Steuerbegünstigung in Anspruch zu nehmen. Allein das zuständige Finanzamt prüft, ob steuerlich begünstigte Aufwendungen für Herstellungs- oder Erhaltungsmaßnahmen i. S. d. §§ 7h, 10f, 11a oder hiernach nicht begünstigte andere Kosten vorliegen.

Die endgültige Bescheinigung kann erst nach Abschluss der Baumaßnahme erteilt werden. Dazu sind alle Originalrechnungsbelege zusammen mit einem Verzeichnis der einzelnen Rechnungen nach anliegendem Antragsvordruck (vgl. dort Nr. 4) vorzulegen. Die Rechnungen und das Verzeichnis sind nach Firmen und Gewerken zu ordnen. Die Belege werden mit der Bescheinigung zurückgegeben.

Die endgültige Bescheinigung kann nur erteilt werden, wenn die Baumaßnahmen so durchgeführt werden, wie sie mit der Bescheinigungsbehörde vereinbart/von der Bescheinigungsbehörde angeordnet worden sind. Abweichungen und Planänderungen sind in jedem Fall erneut abzustimmen.

Auch die endgültige Bescheinigung ist nicht alleinige Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Steuervergünstigung. Das Finanzamt prüft weitere steuerrechtliche Voraussetzungen, insbesondere die Abziehbarkeit der Aufwendungen als Betriebsausgaben, als Werbungskosten oder wie Sonderausgaben und die Zugehörigkeit der Aufwendungen zu den Anschaffungskosten i. S. d. § 7h Abs. 1 Satz 3 EStG oder zu den Herstellungskosten, zu den Werbungskosten, insbesondere zum Erhaltungsaufwand, oder zu den nicht abziehbaren Kosten.

Nach Abschluss der Baumaßnahmen wird die Bescheinigungsbehörde die Arbeiten besichtigen und prüfen, ob sie entsprechend der Vereinbarung/Anordnung ausgeführt wurden.

- Rechtsbehelfsbelehrung -

Datum, Unterschrift

Bescheinigungsbehörde